

Jürgen Scheffran

Mythos „Der Westen kann die Weltprobleme lösen“

*Diskussionspapier für die Studiengruppe Europäische Sicherheit und Frieden der
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW)¹*

1. Vom Sieg zum Abstieg des Westens?

„Die liberale Demokratie des Westens ist in der Defensive. Sie wird nicht nur von außen, von immer selbstbewusster auftretenden autoritären Regimen, obenan der Volksrepublik China mit ihren weltweiten Aktivitäten, sondern auch von innen in Frage gestellt [...] Populisten haben nicht nur bei Schichten Erfolg, die sich materiell benachteiligt, als Opfer von Globalisierung, Digitalisierung oder Robotisierung fühlen. Sie sprechen auch wohl situierte Bürger an, die mit dem liberalen `Zeitgeist` hadern“. (Winkler 2017, S. 404)

Wie konnte es zur Krise der liberalen Demokratie kommen und zum „Ende des liberalen Zyklus“ (Rupnik 2015), der mit den epochalen Umwälzungen vor drei Jahrzehnten begann? Ende 1989 löste sich in wenigen Wochen der Ost-West-Konflikt mit einem Dominoeffekt auf. Überrascht war nicht nur die sozialistische Staatenwelt, die in kurzer Zeit zerfiel, sondern auch der Westen, der unerwartet als Sieger dastand. Auslöser war der durch den sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow angestoßene Ruf nach Veränderung und „neuem Denken“, der in der Bevölkerung des Ostblocks Widerhall fand. Mit dem Fall der Berliner Mauer wurde das Tor zum Westen aufgestoßen, der vielen als Traum von Freiheit und Wohlstand erschien. Nachdem die Supermacht USA und der Westen als Ordnungsmacht im „unipolaren Moment“ der Geschichte (Krauthammer 1990/91) übrigblieben, entstand die Vorstellung, die liberale und demokratische Weltordnung habe sich durchgesetzt, gar das „Ende der Geschichte“ erreicht (Fukuyama 1989, S. 1): „The triumph of the West, of the Western idea, is evident first of all in the total exhaustion of viable systematic alternatives to Western liberalism.“

Fukuyama vertrat die These, dass sich die Prinzipien des Liberalismus in Form von Demokratie und kapitalistischer Marktwirtschaft überall durchsetzen würden, weil sie die menschlichen Bedürfnisse nach Wohlstand und sozialer Anerkennung besser und effizienter befriedigen als andere Systeme (Fukuyama 1992). Da dieser Prozess früher oder später alle Länder erfassen werde, stehe am Ende der Geschichte die Integration und Assimilation anderer Kulturen in die westliche Kultur. Kritiker weisen darauf hin, dass die liberale Demokratie voll innerer Widersprüche sei und der Kapitalismus nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer produziere,

¹ Dieses Diskussionspapier ist Teil der Reihe „Mythen der etablierten Sicherheitspolitik“ der VDW-Studiengruppe „Europäische Sicherheit und Frieden“ (<https://vdw-ev.de/ueber-uns/studiengruppen/europ-sicherheit-frieden>). Die Vorstellung und Diskussion in der Studiengruppe erfolgte am 15. Oktober 2021, die überarbeitete Fassung wurde am 30. Oktober 2021 erstellt. Allen Mitgliedern der Studiengruppe danke ich herzlich für umfangreiche Kommentare, vielfältige Anregungen und konstruktive Infragestellungen.

Leid und Ungleichheit auf der Welt schaffe und damit einer stabilen Ordnung entgegenwirke (Klein 2007). Der Westen habe trotz der Beteuerung des Gegenteils kein Interesse an der Entwicklung armer und rohstoffreicher Länder, die die Verarbeitung ihrer natürlichen Ressourcen in die eigenen Hände nehmen könnten. Angesichts dieser Widersprüche rechnete auch Fukuyama nicht mit einem schnellen und globalen Sieg der liberalen Demokratie, zumal sie das Soziale vernachlässige und deshalb weder Gemeinschaft noch Identität stifte. Hier sah er zwei Konkurrenten: den religiösen Fundamentalismus auf der einen Seite, Nationalismus und andere Formen des Rassen- und Ethnobewusstseins auf der anderen (Fukuyama 1989). In diesem Sinne setze Huntington (1996) der demokratisch-kapitalistischen Angleichung den „Kampf der Kulturen“ entgegen, mit asymmetrischen Konflikten und dem Erstarren autoritärer politischer Strömungen.

Die Vorstellung eines „Sieges“ der liberalen Demokratien im Kalten Krieg hat Denken und Handeln im Teilen des Westens nach 1990 geprägt. Dem entsprach die Annahme, westliche Werte, Modelle und Machtansprüche könnten weltweit zum Durchbruch gebracht werden, bei Bedarf auch mit Gewalt. So setzte der Westen seine jahrhundertelange Geschichte der Expansion fort. Aufstieg und Dominanz des Westens basierten auf einer Verbindung von wirtschaftlichem Wachstum, politischer Macht und Gewaltmitteln (Scheffran 1996), verstärkt durch wissenschaftlich-technologische Innovation, Wohlstand und westliche Werte, die die ideologische Attraktivität ausmachten. So entstand die Erwartung, der Westen könne mit seinen Instrumenten die Weltprobleme in seinem Sinne lösen: Durchsetzung von Menschenrechten, Sturz von Diktaturen, demokratische Regimewechsel und Nationenbildung. Die USA und ihre NATO-Partner schlüpfen in die Rolle des Weltpolizisten und versuchten mit „humanitären Interventionen“ und harter Interessenpolitik die liberale Weltordnung abzusichern. Neben Geld und Diplomatie wurden militärische Mittel zu einem gängigen Instrument. Dabei wurde die Rechtfertigung durch universelle Werte vermischt mit der Durchsetzung eigener Interessen, die in der Regel Vorrang hatten. Solche Widersprüche zwischen der interessengeleiteten politischen Praxis und dem wertorientierten normativen Projekt kamen in der „Geschichte des Westens“ immer wieder vor (Winkler 2009). Ein weiteres Merkmal war die Ungleichzeitigkeit der Verwirklichung des westlichen Projekts, das sich in den Staaten unterschiedlich schnell entwickelte.

Statt 1990 eine friedliche Weltordnung einzuleiten und die Friedensdividende zur Bewältigung globaler Probleme zu nutzen, versuchten die USA und ihre Verbündeten ihren Vorsprung weiter auszubauen, auch durch Rüstung und Militärinterventionen. Als neuer alter Feind wurde Russland wiederentdeckt, das das Vorrücken des Westens an die russische Grenze nicht hinnehmen wollte. China erwies sich als ebenbürtiger Systemgegner, zugleich politischer Rivale und wirtschaftlicher Konkurrent. So haben USA und NATO nach drei Jahrzehnten die Feinbilder gefunden, mit denen sie ihr gewaltiges Rüstungsarsenal rechtfertigen können. Dabei ist womöglich der größte Feind westlicher Werte das Zusammenspiel aus Wachstum, Macht und Gewalt, das in vielen Bereichen problematisch ist, von sozialen Fragen wie der Einkommensverteilung bis zu ökologischen Fragen wie der Klimakrise. US-Präsident Eisenhower hatte schon in den 1950er Jahren vor der Machtkonzentration im Militärisch-Industriellen Komplex (MIK) gewarnt. In einer zunehmend überfüllten, vernetzten und multipolaren Welt verstärken Rüstung und Krieg Unsicherheit und Destabilisierung, zusammen

mit Konflikttreibern wie Globalisierung und Klimawandel. Seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 und der Wirtschaftskrise 2008 kam eine Kette von Krisen in Gang, die vom Westen verstärkt wurden und ihn schließlich selbst erfassten. So ist die Welt heute weniger mit Zukunftsgestaltung beschäftigt als mit Krisenbewältigung. Das bestimmte auch die Kanzlerschaft von Angela Merkel (Creutzburg et al. 2021).

Um die Probleme der bisherigen Politik zu erkennen und zukünftige zu vermeiden, braucht es eine grundlegende und (selbst-)kritische Aufarbeitung der Vergangenheit. Davon war über Jahrzehnte offiziell nicht viel zu sehen, in der Gewissheit, auf der „richtigen“ Seite der Geschichte zu stehen. Zuletzt durch den gescheiterten Afghanistan-Einsatz wurde diese Gewissheit erschüttert: „Lange hat der Westen die Werte der liberalen Weltordnung verteidigt. Doch in Afghanistan ist die schöne Idee endgültig gescheitert. (...) Ihre Widersprüchlichkeit ist der zentrale Mangel der an sich so schönen Vorstellung einer liberalen Weltordnung. Sie will eine normative Ordnung sein, gebaut auf Werten wie universellen Menschenrechten, und ist zugleich Herrschaftsinstrument und kalte Interessenpolitik“ (Gujer 2021). Die Schlussfolgerung des Autors: „Der Westen kann die Welt nicht retten.“

Offensichtlich kann der Westen der Welt seine Wertvorstellungen nicht aufzwingen, und stößt allenthalben auf Grenzen und Widersprüche, die es zunehmend schwieriger machen, eine hegemoniale Position aufrecht zu erhalten. China hat von den Stärken des Westens gelernt und dadurch seinen Einfluss ausgebaut. Russland scheut nicht die Konfrontation mit dem Westen. Die Islamisten haben den „Kampf der Kulturen“ gegen den Westen mobilisiert und diesen zu einem „Krieg gegen den Terror“ provoziert, der den USA und ihren Bündnispartnern in Afghanistan eine Niederlage bescherte. Schließlich schränken auch der Klimawandel und andere planetare Grenzen den westlichen Expansionismus ein. So steht der Westen nach drei Jahrzehnten „Ende der Geschichte“ vor einem Scherbenhaufen und zeigt sich überrascht von der aus den Fugen geratenen Welt (Steinmeier 2016). Die Chancen des gewonnenen Kalten Krieges wurden leichtfertig verspielt, die Euphorie ist verflogen. Winkler (2017) fragt besorgt: „Zerbricht der Westen?“, der frühere Außenminister Joschka Fischer befürchtet den „Abstieg des Westens“ (Fischer 2018), und Gernot Erler spricht von einer „Weltordnung ohne den Westen“ (Erler 2018). Die Münchner Sicherheitskonferenz 2020 beklagte die „Westlessness“, „ein weitverbreitetes Gefühl des Unbehagens und der Rastlosigkeit angesichts wachsender Unsicherheit über die Zukunft und Bestimmung des Westens. Eine Vielzahl aktueller Sicherheitsherausforderungen scheinen direkt mit dem vielbeschriebenen Zerfall und Rückzugs des Westens verknüpft zu sein.“ (Bunde 2020a). Nachdem die Abwahl Donald Trumps die schlimmsten Auswüchse vorerst zurückdrängte, sah die Sicherheitskonferenz 2021 durch den Wechsel zu US-Präsident Joe Biden hoffnungsvolle Zeichen für die transatlantischen Beziehungen (Bunde et al. 2021). Bahnt sich hier die nächste Enttäuschung an?

Wie lern- und anpassungsfähig der Westen ist, wird darüber entscheiden, ob er in der Lage ist, zukünftige Herausforderungen zu bewältigen, ohne die Welt in neue militärische Abenteuer zu verwickeln. Drei Zukunftsperspektiven spielen hier eine Rolle: die nachhaltige Transformation des fossilen Kapitalismus; Machtverschiebungen im Nord-Süd-Verhältnis; und der Einfluss von Zivilgesellschaft und sozialen Netzwerken auf die Demokratie. In allen drei Prozessen geht es um die Wechselwirkung zwischen der gesellschaftlichen und der wissenschaftlich-technischen

Entwicklung, etwa in den Bereichen Energiewende, Digitalisierung und Biotechnologie. Es ist nicht ausgemacht, dass sich die liberale Weltordnung in ihrer bisherigen dominierenden Rolle behaupten kann, die ihren eigenen Versprechungen zuwiderhandelt. Wenn es nicht gelingt, die Chancen zu nutzen und die Krisentreiber abzuschwächen, wäre die liberale Weltordnung nicht der „Endzustand der Geschichte“, sondern selbst Geschichte. Mit diesem Beitrag wird der Mythos, der Westen könne die Weltprobleme lösen, hinterfragt, um seinen Einfluss auf heutige Krisenlandschaften kritisch zu beleuchten: die vom europäischen Kolonialismus ausgehende gewaltsame Expansion, Gegensätze zwischen westlichen Werten und Interessen, Feindbildkonstruktion, Aufrüstung und Privilegiensicherung, Ursachen und Folgen von Grenzen und Krisen sowie Perspektiven einer Zeitenwende.

2. Koloniales Erbe, Expansion und die Spaltung der Welt

Der Begriff des „Westens“ wird von Anhängern und Gegnern verwendet, wobei jeweils positive oder negative Aspekte nach vorne gekehrt werden. Der Begriff geht auf die hellenische Unterscheidung zwischen Griechen und Barbaren zurück, wobei die Perserkriege als Konflikt zwischen Ost und West galten. Im vereinten Römischen Reich änderte sich die Perspektive zwischen dem lateinisch sprechenden westlichen und dem griechisch sprechenden östlichen Teil. 1054 kam es zum Bruch zwischen der Westkirche in Rom und der Ostkirche in Konstantinopel, das später von Kreuzrittern und Osmanen besetzt wurde. Der Begriff des „Abendlandes“ wurde seit Luthers Bibelübersetzung oft mit der westeuropäischen Kultur gleichgesetzt, gegenüber dem östlichen „Morgenland“ als Teil des Nahen und Fernen Ostens. Heute ist der Westen kein homogener Akteur, sondern umfasst im engeren Sinne je nach Perspektive Westeuropa und Nordamerika, die NATO, G-7 plus Australien oder auch die OECD-Staaten, im weiteren Sinne jene Teile der Welt, die sich dem Westen politisch, ökonomisch und kulturell zugehörig fühlen. In allen Fällen geht es um Akteure mit gemeinsamen und divergierenden Interessen, die in Konkurrenz zueinander geraten können.

Der aus dem europäischen Kulturkreis hervorgehende Impuls einer kolonialistischen Expansion ist untrennbar mit der Geschichte des Westens verbunden, seit Kolumbus den Weg nach Asien suchte, aber Amerika fand. Die Konquistadoren unterwarfen die „Neue Welt“ durch Waffengewalt, technologische Vorsprünge und christliche Missionierung. Weltweit wurden Millionen von Menschen und unschätzbare Rohstoffe der europäischen Verwertung unterworfen, wie Reinhard (2016) ausführlich belegt. Die Unterdrückten waren oft furchtbaren Gräueltaten ausgesetzt, ihre Arbeitskraft und Ressourcen wurden hemmungslos ausgebeutet. Eine Kette von Genoziden überzog den amerikanischen Kontinent und führte zur Vernichtung indigener Völker, wenn nicht durch Gewalt, dann durch eingeschleppte Krankheiten, durch invasive Tiere und Pflanzen (Zimmerer 2020). Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen (z.B. die Ausrottung von 30 Millionen Bisons in Nordamerika) entzog indigenen Völkern bis ins 20. Jahrhundert hinein die Existenzgrundlage und erleichterte die europäische Expansion auf einem weitgehend entvölkerten Kontinent. Wer überlebte, war der Missionierung, Marginalisierung und Zwangsumsiedelung unterworfen. Hinzu kam die Sklaverei, die mehr als zwölf Millionen Menschen allein aus Afrika nach Amerika verschleppte, um den Reichtum der Kolonien zu erschließen.

Die Kolonisierung und Ausbeutung anderer Kontinente trugen maßgeblich zur Entwicklung Europas bei. Durch die Aneignung fremder Reichtümer konnten die Kolonialmächte neue wirtschaftliche Ressourcen mobilisieren und komparative Vorteile erzielen, die bis heute nachwirken: „Auf Silber, Gold und Diamanten Lateinamerikas folgten Gold, Diamanten, Kupfer, Uran, Phosphat aus Afrika und Öl aus Westasien. Vor allem aber wurden im Laufe der Zeit amerikanische Kulturpflanzen übernommen, von denen Kartoffel, Mais, Maniok und Süßkartoffel die Ernährung nicht nur Europas, sondern auch anderer Erdteile ebenso auf neue Grundlagen stellten wie der Tabak den Charakter des Weltdrogenkonsums. Die Bevölkerungsexplosionen der Neuzeit ebenso wie die Industrialisierung waren nur in diesem Rahmen möglich.“ (Reinhard 2016, S. 1262). Aus den kolonialen Gewinnen konnten europäische Mächte Kriege finanzieren, die den ökonomischen Mehrwert teilweise wieder aufbrauchten (Menzel 2015). Der Kolonialismus nach außen verband sich mit einer ungleichen Entwicklung im Innern: Armut, Hunger, Verfolgung und Krieg in Europa veranlassten Millionen von Menschen in mehreren Auswanderungswellen, den überfüllten alten Kontinent zu verlassen und sich in der „Neuen Welt“ oder anderen Siedlungskolonien niederzulassen.

Mit der Industriellen Revolution und der Nutzung heimischer Kohle konnte Großbritannien seinen Vorsprung ausbauen und ein Weltreich errichten, das nach dem Zweiten Weltkrieg teilweise durch die USA als Hegemonialmacht übernommen wurde. Das Deutsche Reich sah sich beim Erwerb von Kolonien zu kurz gekommen und versuchte in beiden Weltkriegen vergeblich, das Mächtespiel zu seinen Gunsten zu verschieben. Die Russische Revolution (1917) begründete die Sowjetunion, die große Teile des eurasischen Kontinents vereinte und so ein mächtiges Gegengewicht gegenüber dem Westen bildete. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die USA ihre Machtbasis ausbauen (durch Atlantik-Charta, Bretton-Woods-System und NATO). Im Ost-West-Konflikt führte die ideologische Konkurrenz zweier Systeme zum nuklearen Wettrüsten und fast zur Auslöschung der Menschheit durch einen Atomkrieg. Auch danach blieb Gewalt für Teile westlicher Eliten ein Mittel der Politik: durch Bedrohungen gerechtfertigt, moralisch verbrämt oder als notwendiges Übel angesehen.

Auch wenn die koloniale Vergangenheit heute weitgehend verdrängt wird, so wirkt sie heute doch in Gestalt neo-kolonialer Strukturen fort, die dem Westen weiterhin Vorteile bringen. Der Wohlstand der Industrieländer geht bis heute auf Kosten ärmerer Regionen, die gezwungen sind, sich Benachteiligungen zu unterwerfen, sich zu verschulden, ihre Ressourcen billig abzugeben, zu niedrigen Löhnen, schlechten und gefährlichen Bedingungen zu arbeiten und Umweltzerstörung bis zum Klimawandel hinzunehmen. Sie sind in einer Armutsspirale gefangen: „Das Realeinkommen ist niedrig und stationär infolge geringer Arbeitsproduktivität, die ihrerseits auf Kapitalmangel beruht, der wiederum auf die geringe Sparfähigkeit der Bevölkerung zurückgeht.“ (Reinhard 2016, S. 1266) Dies prägt die Wahrnehmung im „Globalen Süden“ heute ebenso wie die kollektive Erinnerung an koloniale Zeiten. Obwohl die Staaten dieses Globalen Südens nie die Entwicklungsmöglichkeiten der westlichen Welt hatten und Opfer auswärtiger Invasionen waren, müssen sie sich vorwerfen lassen, sie seien an ihren Schwächen (Hunger, Armut, Konflikte, fehlende Demokratie, korrupte Eliten, geringe Effizienz usw.) selbst schuld.

Ausgehend vom Kolonialismus und angetrieben von der Wachstumsdynamik der industriellen Revolution hat das westliche Entwicklungsmodell mit seiner Akkumulation von Wachstum, Macht und Gewalt, eine beispiellose Expansion entfaltet, die nicht zu Ende ist, aber auf Grenzen stößt: „Die europäische Expansion mag zwar immer noch weitergehen, aber sie musste ihren Charakter ändern, weil sie in ihrer traditionellen kolonialistischen Gestalt an natürliche und historische Grenzen gestoßen ist. Denn im 20. Jahrhundert hatte sie schließlich den ganzen Erdball erfasst. Es gibt keinen Teil der Welt, der nicht irgendwann direkt oder indirekt von ihr betroffen war. Aber die Welt steht inzwischen für Kolonialexpansion, insbesondere für Siedlung, nicht mehr zur Verfügung, denn sie ist voll.“ (Reinhard 2016, S. 1255). Einer permanenten Grenzüberschreitung stehen planetare Grenzen entgegen.

Inzwischen finden sich Elemente des Westens in vielen Teilen der Erde, auch wenn sie sich im Sinne der Ungleichzeitigkeit mit anti-westlichen und illiberalen Elementen mischen, in Polen und Ungarn ebenso wie in Saudi-Arabien und Iran. So können islamische Fundamentalisten westliche Autos fahren oder China dem Westen mit seiner kapitalistischen Wirtschaftsform Konkurrenz machen. Hier zeigt sich die Ambivalenz des Westens: „Er hat fremde Reiche erobert und ganze Kontinente unterworfen, die Erde bis in ihre entlegensten Winkel erschlossen, die Naturwissenschaften und die moderne Technik hervorgebracht, die Menschen- und Bürgerrechte, die Herrschaft des Rechts und die Demokratie erfunden.“ Dem steht entgegen: „Aber er hat auch oft genug seine Werte verraten, Freiheit gepredigt und Habgier gemeint und mit dem Kapitalismus eine Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse entfesselt, die bis heute die Menschheit in Atem hält“ (Winkler 2009, S. 3).

3. *Widersprüche zwischen westlichen Werten und Interessen*

Die Hegemonie des Westens gründete nicht nur auf harter Macht, sondern auch auf zivilisatorischen Errungenschaften, die die westliche Identität ausmachen. Während die expansive Aneignung von Menschen und Ressourcen Europa Vorteile und Innovationen brachte, bildeten sich ausgehend von der Aufklärung in einem langwierigen Prozess Werte, Normen und Institutionen heraus, die nach innen und außen die ideologische Akzeptanz des eigenen Systems mehr förderten als Gewalt: „Aber Europa wächst kaum mehr mit Einsatz militärischer Gewalt wie einst, sondern kraft seiner wirtschaftlichen Attraktivität, also nicht durch seine eher marginale *hard power*, sondern durch seine *soft power*.“ (Reinhard 2016, S. 17) Was den Westen für viele attraktiv macht, sind neben Wohlstand und Konsum Werte wie Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Bürger- und Menschenrechte. Seit den Revolutionen in den USA 1776 und Frankreich 1789 gehören sie zum westlichen Projekt, doch die Durchsetzung im Westen dauerte noch rund zwei Jahrhunderte, die durch Kämpfe um und gegen diese Werte geprägt waren (Winkler 2009). Immer wieder wurde in der politischen Praxis dagegen verstoßen, schon von den Verfassern der Unabhängigkeits- und Menschenrechtserklärungen in den USA, die Sklavenbesitzer waren, bei der Unterwerfung der Ureinwohner Nordamerikas oder auch der Diskriminierung von Frauen und ärmeren Bevölkerungsschichten. Die normativen Maßstäbe mussten gegen heftige Widerstände der Privilegierten erkämpft werden, bei der Abschaffung der Sklaverei, der Durchsetzung der Demokratie oder der Rechte von Frauen und Arbeiterklasse. Der Ruf nach „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ bleibt bislang widersprüchlich.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass zu den zivilisatorischen Fortschritten und Werten auch andere Kulturkreise beigetragen haben, etwa der chinesische, indische und arabische, aber auch die indigenen Völker Afrikas, des Indo-Pazifiks sowie Süd- und Mittelamerikas. Vieles ging durch westliche Invasionen verloren, wurde geraubt oder vergessen und wird heute als indigenes Wissen auch im westlichen Kulturkreis vermehrt wahrgenommen und wertgeschätzt. Nach 1990 schien es manchen nur noch eine Frage der Zeit, bis die Ideen und Werte des Westens sich durchsetzen. Eine Grundlage ist die Erklärung der Menschenrechte in den Vereinten Nationen, die von praktisch allen Staaten akzeptiert wurde, wenn auch mit unterschiedlichen Interpretationen und Gewichtungen: „Der Anspruch der unveräußerlichen Menschenrechte aber bleibt ein universaler, und solange sie nicht weltweit gelten, ist das normative Projekt des Westens unvollendet. Der Westen kann für die Verbreitung seiner Werte nichts Besseres tun, als sich selbst an sie zu halten und selbstkritisch mit seiner Geschichte umzugehen, die auf weiten Strecken eine Geschichte von Verstößen gegen die eigenen Ideale war“ (Winkler 2009, S. 24).

Einige Werte sind bislang unzureichend umgesetzt oder geraten mit traditionellen Werten in Widerstreit, z.B. in asiatischen, islamischen oder selbst in einigen westlichen Ländern. Bis heute sind im Westen die Menschenrechte nicht gleichermaßen realisiert, es gibt Nachteile durch Hautfarbe, Geschlecht, Religion, Einkommen, Herkunft und politische Einstellung, wobei soziale und kulturelle Menschenrechte eher heruntergespielt werden. Das zeigt sich besonders deutlich in den USA, deren Sozialgeschichte durch Segregation und Rassismus (und Kämpfe dagegen) geprägt ist. Der politische Humanismus im Westen richtete sich lange an Menschen weißer Hautfarbe, und bestimmte Bürgerrechte galten nur für Männer. Mehr noch als im Westen gilt die Bevorzugung Privilegierter im globalen Maßstab, in dem der Westen als Zentrum gilt, ärmere Regionen als Peripherie. Wer von den Privilegien im Westen profitiert, möchte sie nicht aufgeben, andere wollen daran teilhaben und zuwandern. Das Versprechen von Wohlstand, Freiheit und Demokratie lässt sich bislang nicht überall einlösen, am ehesten in den Zentren, während an den Peripherien oft das Gegenteil praktiziert wird. Ein Ausgleich zwischen Nord und Süd oder zwischen Arm und Reich scheiterte daran, dass die Privilegierten ihre Macht nutzten, um den Status quo zu verteidigen, gegebenenfalls auch mit Gewalt.

So sind die westlichen Werte oftmals nicht vereinbar mit der Praxis westlicher Politik und den Interessen einflussreicher Kreise, die westliche Werte massiv verletzen. Dies zeigte sich bei Gewalttaten, Genoziden und anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit; durch die Spanier unter Cortez, das britische Empire und Frankreich in ihren Kolonien, die USA in Vietnam oder den deutschen und italienischen Faschismus, die Millionen Menschenleben forderten. Gehören sie nicht zur Geschichte des Westens? Westliche Länder hatten auch keine Hemmungen, zur Durchsetzung ihrer Interessen Diktatoren (Schah Reza Pahlawi, Saddam Hussein, Pinochet) und Autokraten (Erdogan, die Könige Saudi-Arabiens) zu hofieren, demokratische Entwicklungen zu schwächen (Lateinamerika, arabische Welt), Regierungen zu stürzen (Irak) und damit Land und Leute dem IS zu überlassen oder die Mudschaheddin in Afghanistan zu unterstützen, um nur einige Beispiele zu nennen. Damit förderten sie politische Kräfte, die mit westlichen Werten wenig gemein haben und sich letztlich gegen den Westen richteten. So hat sich der Westen die Feinde geschaffen, gegen die er dann mit Gewalt vorging.

Angesichts der widersprüchlichen Praxis gegenüber den eigenen Werten wirkt die Kritik an vergleichbaren Praktiken anderer weniger glaubwürdig, vor allem wenn sie für eigene Zwecke instrumentalisiert wird. Dies gilt für Russland, das mehrfach vom Westen aus angegriffen wurde, aber auch für China, das nach jahrhundertelanger außenpolitischer Abstinenz im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhundert schmerzliche Erfahrungen mit ausländischen Mächten sammeln musste, die ihren Einfluss auf Waffen und Opium gründeten. Diese historischen Erfahrungen sind für heutige Führungen Russlands und Chinas handlungsleitend, ebenso wie die Schwächen der Sowjetunion gegenüber dem Westen eine Lektion sind, solche künftig zu vermeiden. China lässt sich nicht an Wertevorstellungen messen, die der Westen selbst nicht einhält. Das Land hat keine vergleichbare Geschichte weltweiter Interventionen wie der Westen und sieht sich zugleich Bedrohungen ausgesetzt, die China in die Ecke drängen und autokratische Tendenzen fördern. Es ist (auch) diese Feindbildproduktion, die den Westen zum Feindbild für andere macht. Dass das eigene Verhalten das Anderer beeinflusst, wird von ihm meist ignoriert.

4. Verpasste Chancen nach dem Kalten Krieg

Der Kalte Krieg war geprägt durch die nukleare Rüstungsdynamik, die von den USA im Manhattan-Projekt initiiert wurde. Die Atombombe verbindet explosives Wachstum, destruktive Gewalt und Allmachtvisionen und symbolisiert so das westliche Herrschaftssystem, das anderen Atommächten als Vorbild dient. Während die Sowjetunion lange Zeit versuchte mitzuhalten, hatte sie gegen die ökonomische und technologische Überlegenheit der USA am Ende wenig Chancen. Ein Atomkrieg konnte mit Glück verhindert werden. Nach dem Kalten Krieg und der Verringerung von nuklearen Sprengköpfen und Militärausgaben auf beiden Seiten hofften viele auf eine Friedensdividende, doch die Chancen für eine friedliche, atomwaffenfreie und gerechte Weltordnung wurden vertan, weil der dominierende westliche Machtblock statt auf umfassende nukleare Abrüstung, gemeinsame Sicherheit und nachhaltige Entwicklung auf NATO-Expansion, Aufrüstung, Hochtechnologiekiege und neoliberale Globalisierung setzte. So wurden Instrumente des Kalten Krieges perpetuiert, die danach hätten obsolet sein können, da der alte Gegner weggefallen war.

Doch bald schon fanden die USA neue Gegner auf der „Achse des Bösen“ oder in anderen „Schurkenstaaten“, gegen die mit immer neuen Militärinterventionen ins Feld gezogen werden konnte, von Jugoslawien, Irak und Iran bis Afghanistan und Nordkorea. Mit hunderttausenden Opfern, Kosten in Billionenhöhe, dem Abbau von Freiheits- und Menschenrechten innerhalb und außerhalb des Westens und der Instrumentalisierung von Massenmedien wurden westliche Werte geschwächt. Die Spirale der Gewalt drehte sich weiter, nicht nur durch neue Konfliktkonstellationen außerhalb des Westens, sondern auch durch gefüllte Waffenarsenale und Rüstungsbudgets im Westen. Zwar wurden die absurden Nukleararsenale durch die INF- und START-Abkommen sowie die Reduzierung der Kurzstreckensysteme verringert, und Atomwaffentests verboten, doch gab es aus der Sicht von USA und NATO keinen Grund, auf die Gewaltmittel, mit denen der Kalte Krieg gewonnen wurde, zu verzichten. Die NATO ist wie zu Zeiten des Ost-West-Konflikts ein nach außen gerichtetes Militär- und Rüstungsbündnis und nicht eine nach innen orientierte Einrichtung der kollektiven Sicherheit.

Im Vorfeld der Konferenz zur Überprüfung und Verlängerung des Nichtverbreitungs-Vertrags (NVV) von 1995 entwickelte sich eine breite Bewegung, um die neuen Chancen für die nukleare Abrüstung zu nutzen und so einer Proliferation von Atomwaffen dauerhaft entgegenzuwirken. Statt diese Waffen des Kalten Krieges abzuschaffen, suchten USA und NATO nach neuen Rechtfertigungen, um die nukleare Abschreckung aufrecht zu erhalten. Sie verweigern sich bis heute den Abrüstungsbestrebungen in der UNO, lehnen den Atomwaffenverbotsvertrag von 2017 ab und tragen die Hauptverantwortung dafür, dass Atomwaffen bislang nicht beseitigt wurden, sondern das Wettrüsten anheizen. Inzwischen folgen andere Atomwaffenstaaten der NATO wie auch Hardlinern im eigenen Land und lehnen Initiativen für die atomwaffenfreie Welt ab. Die Klagen der NATO über die nukleare Rüstungspolitik Russlands, Chinas, Nordkoreas oder auch das iranische Nuklearprogramm wirken angesichts dieser Tatsachen wenig glaubwürdig. Sie bestätigen die These, dass der Westen nicht einfach nur Opfer neuer Bedrohungen, sondern dafür auch mitverantwortlich ist.

Weiterhin sind die im NVV festgeschriebenen fünf Atomwaffenstaaten ständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat. Sie und andere Atomwaffenbesitzer sowie die NATO-Verbündeten sehen die Atomwaffe als Garant ihrer Macht und haben das nukleare Wettrüsten nicht beendet, entgegen ihrer Verpflichtungen in Artikel 6 des NVV, sondern betreiben die nukleare Modernisierung, angetrieben von den USA seit der Clinton-Administration. Auch das vereinigte Deutschland, das am meisten vom Ende des Kalten Krieges profitierte und seinen Einfluss hätte nutzen können, setzt in enger Bündnistreue auf die nukleare Teilhabe der NATO. Mit rund 13.000 Atomwaffen besteht die Gefahr ihres Einsatzes in Krisen, Kriegen und bei Terroranschlägen. Die Warnungen, von der Zivilgesellschaft bis zur „Gang of Four“ (Kissinger, Nunn, Shultz, Perry) von 2007 und ähnlicher Gruppen in anderen Staaten (in Deutschland: Bahr, Genscher, Schmidt, von Weizsäcker), haben die Politik der USA und ihrer Verbündeten wenig beeinflusst, abgesehen von der Abrüstungsrhetorik durch Präsident Obama, der dafür den Friedensnobelpreis erhielt. Die „Revolution of Military Affairs“ umfasste alle Bereiche der Hochtechnologiekriegführung, einschließlich Raketenabwehr, Weltraumrüstung und Cyberkrieg, die weitere Abrüstung blockierten (Neuneck/Scheffran 2000a).

Hinzu kommt, dass die erdrückende militärische Überlegenheit der USA im Sinne politischer Stabilisierung oder humanitärer Ziele bislang wenig gebracht hat. Westliche Militärinterventionen nach 1990 und Versuche der Einflussnahme der Vereinten Nationen auf Konflikte in Westafrika, Ruanda oder Somalia (UN-Agenda für den Frieden), denen die USA sich nicht unterordnen wollten, zeigten vor allem die Grenzen der High-Tech-Kriegführung (Neuneck/Scheffran 2000b) und wie wenig diese geeignet ist, politische Probleme zu lösen, Terrorismus einzudämmen, Menschenrechte zu verteidigen oder einen demokratischen Regimewechsel durchzusetzen. Nach Rückzug der Truppen eröffneten sich Freiräume für Islamismus und Terrorismus, die gegen westliche Invasoren agierten. Auch nach Ansicht westlicher Beobachter war der westliche Antiterrorkrieg wenig erfolgreich (Lahoud 2021). Die unglückliche Rolle des Westens zeigte sich schon im Bürgerkrieg in Jugoslawien, als im Unterschied zu anderen Sezessionsfällen die Bundesregierung bei Aufbrechen des Konflikts die Unabhängigkeit von Kroatien und Slowenien 1991 rasch anerkannte und damit zur Eskalation beitrug. Die Aufspaltung Jugoslawiens provozierte massive Reaktionen durch das militärisch gerüstete Serbien und Militärinterventionen der NATO. Die folgende Kette von Ereignissen

fürte zum Zerfall Jugoslawiens und zum Kosovo-Krieg, mit hohen Opferzahlen (Scheffran 1999). Nicht weniger problematisch waren die Interventionen im Golf- oder Irakkrieg, in Libyen oder Afghanistan. Militärischen statt zivilen Maßnahmen den Vorrang zu geben, brachte enorme Schäden und Kosten mit sich bei fraglichem Sinn, unabhängig davon, ob es sich um vom Sicherheitsrat autorisierte oder nicht-autorisierte Eingriffe handelte.

Dies zeigte besonders der Militäreinsatz in Afghanistan, der in zwei Jahrzehnten das Land nicht stabilisieren konnte. Zeitweise konnten die Taliban zurückgedrängt und al-Qaida vertrieben werden, doch wurde die Militäraktion weder von der ganzen Bevölkerung noch von afghanischen Sicherheitskräften angenommen. Das Land fiel nach dem eiligen NATO-Abzug im Sommer 2021 rasch in die Hände der Taliban, Unterstützer des Westens mussten schutzlos um ihr Leben fürchten, islamistische Kreise und Terroristen triumphierten, Russland und China nahmen Beziehungen zu den Taliban auf. Das stärkste Militärbündnis der Welt wurde mit einfachsten Waffen geschlagen, der längste Krieg der US-Geschichte endete mit hohen Kosten und einer Niederlage wie in Vietnam. Während Kanzlerin Merkel von einem „Domino-Effekt“ sprach,² nahm US-Präsident Biden die Folgen in Kauf, da der Einsatz nicht mehr im primären Interesse der USA sei. Galt Afghanistan anfangs als Modellfall für die militärische Befriedung eines Landes, so wurden zivile Lösungen und politische Stabilisierungsziele verpasst. Obwohl sich das Debakel lange abzeichnete (Barati 2021; Münkler 2021), zeigten sich viele Entscheidungsträger überrascht. Nach Gujer (2021) fand in Afghanistan eine Fehleinschätzung ihr Ende: „Afghanistan führt dem Westen vor Augen, dass seine Werte, die er als seine grösste Stärke erachtet, vielleicht gar nicht so attraktiv sind. Jedenfalls gelang es ihm nicht, diese in den Köpfen der afghanischen Soldaten und Polizisten so weit zu verankern, dass sie ihrem Kampf gegen die Taliban einen Sinn gegeben hätten.“ Einige Lehren fasst Wulf (2021) zusammen: „The cornerstone of development cooperation, local ownership, has never been seriously tried in the military intervention. Similar mistakes were made in Vietnam, the attempt to impose a democratic regime has failed in Iraq and it is highly likely that the present mission in Mali will end similarly.“

5. Zerwürfnis mit Russland: Zurück zum Kalten Krieg?

Vor zwei Jahrzehnten verfestigte sich das Zerwürfnis zwischen dem Westen und dem früheren Partner Russland, und schuf die Grundlage für die heutige, an den Kalten Krieg erinnernde Situation (Scheffran 2000). Seit der Machtübergabe von Boris Jelzin an Wladimir Putin 2000 versuchte Russland nach einem Jahrzehnt der Schwäche wieder auf dem internationalen Parkett mitzureden. In der schwierigen Transformation des Sowjetsystems war der Positionsverlust neben inneren Entwicklungen auch eine Folge westlicher Machtpolitik, die auf Russlands Sicherheitsbedürfnisse wenig Rücksicht nahm. Die NATO-Luftangriffe im Kosovo 1999 ohne UN-Mandat brüskierten Russland. Im Protest verschob die russische Duma die Abstimmung über den Start-2-Vertrag. Russlands Politik und Öffentlichkeit kritisierten den globalen Hegemonialanspruch der USA, weckten antiwestliche Ressentiments und Befürchtungen, Russland könne selbst zur Zielscheibe der NATO werden. Russische Sicherheitsinteressen waren zudem betroffen durch die Bestrebungen der USA, ein Raketenabwehrsystem zu

² DER SPIEGEL (2021): „Merkel erwartet steigende Zahl von Flüchtlingen aus Afghanistan“, 16.08.2021.

installieren, auch in osteuropäischen Ländern. Die Kündigung des ABM-Vertrages 2002 durch die Bush-Administration bestätigte russische Bedrohungswahrnehmungen und provozierte Gegenmaßnahmen, insbesondere eine Modernisierung der Kernwaffen. Mit dem Export von Raketenabwehrsystemen heizten die USA das Wettrüsten weiter an, insbesondere in Ostasien.

Wie die Debatten über NATO-Osterweiterung, Kosovo-Krieg und Raketenabwehr zeigen, hat der Westen das außenpolitische Verhalten Russlands stark beeinflusst. Für Russland (wie auch für Indien, China und andere) gilt es, den eigenen Einfluss in der globalisierten Welt zu sichern und der westlichen Hegemonie entgegenzuwirken. Die erklärte Bereitschaft zur Zusammenarbeit im gemeinsamen Haus Europa (etwa in Putins Rede vor dem Bundestag am 25.9.2001) wurde im Westen nicht ernsthaft aufgegriffen. Der Hang der USA zum militärischen Interventionismus, besonders unter Bush, verhärtete die Fronten. Das russische Sicherheitskonzept von 2000 beklagte den Trend „to create an international relations structure based on domination by developed Western countries in the international community, under US leadership and designed for unilateral solutions (including the use of military force) to key issues in world politics in circumvention of the fundamental rules of international law“ (Russia 2000). Vor diesem Hintergrund setzte Russland zunehmend auf militärische Wahrnehmung seiner Sicherheitsinteressen, Kernwaffen und eine härtere Gangart gegenüber dem Westen, bis zu hybriden Kriegen in der Ukraine, Syrien und im Westen selbst.

6. Grenzen und Krisen der liberalen Weltordnung

Nach einer Jahrhunderte währenden westlichen Expansion und einer Hochphase in den 1990er Jahren gibt es Anzeichen, dass der Zenit überschritten sein könnte. Zunehmend zeigen sich Grenzen, die auf verschiedenen Ebenen zu Widersprüchen, Krisen und Spannungen führen (Scheffran 2017; Scheffran 2020b).

Ökologische Grenzen

Seit dem 18. Jahrhundert wurde über natürliche Grenzen des Wachstums debattiert, als in England die Industrielle Revolution begann und das exponentielle Bevölkerungswachstum die Nahrungsmittelproduktion zu übertreffen drohte. Um daraus folgende Hungerkatastrophen und Krankheiten zu vermeiden, die Bevölkerung zu begrenzen und knappe Ressourcen zu schonen, empfahl Thomas Malthus Verzicht vor allem bei den Armen, wofür er von Karl Marx und anderen heftig kritisiert wurde. Trotz einer Verachtfachung der Weltbevölkerung seit 1800 kam es bislang nicht zu den befürchteten Katastrophen, die das Bevölkerungswachstum verringerten, trotz Hungersnöten, Epidemien und Kriegen. Dabei spielten vier Faktoren eine Rolle: technologische Produktionszuwächse der Wirtschaft, sinkende Geburtenraten im demografischen Übergang, die Ausbeutung der Kolonien sowie die millionenfache Auswanderung aus Europa. Angesichts anhaltender Wachstumstrends warnte 1972 der *Club of Rome* vor den „Grenzen des Wachstums“, und die planetaren Grenzen im Anthropozän (Klimawandel, Artensterben etc.) belebten die Debatte erneut. Da massenhafte Auswanderung und koloniale Strukturen weltweit keine nachhaltige Option sind, ist die Frage, ob heutige Probleme sich durch technologischen Fortschritt und demografischen Übergang lösen lassen oder einen nachhaltigen Systemwandel erfordern.

Der Klimawandel wird vor allem von reichen Ländern erzeugt, trifft aber besonders arme Länder, was weltweite Ungerechtigkeiten erhöht. Nachdem die westlichen Länder beim ökologischen Fußabdruck und CO₂-Emissionen lange weit vorne lagen, holen Entwicklungsländer mit steigendem Konsum und Ressourcenverbrauch zusehends auf. Es stellt sich die Frage, ob die ressourcenintensive Lebens-, Konsum- und Produktionsweise natürliche Belastungsgrenzen überschreitet, das Leben auf der Erde gefährdet und auch der westlichen Zivilisation ein Ende bereitet. Klimafolgen und Umweltzerstörung werden von einigen sicherheitspolitischen Akteuren als Frage von Krieg und Frieden gesehen, der auch mit militärischen Mitteln zu begegnen ist. Dies betrifft die Sicherung der militärischen Einsatzfähigkeit, aber auch die Bewältigung sozialer Instabilitäten, Katastrophen und Konfliktrisiken der Klimakrise, besonders in fragilen Konfliktregionen (Scheffran 2020c; Friedensgutachten 2020). Das Jahr 2021 zeigte das Potential katastrophaler Kaskaden, mit verheerenden Überschwemmungen, Hitzewellen und Waldbränden, die viele Menschen das Leben kosteten und Regionen zerstörten. Naturrisiken zeigten sich auch in der COVID-19-Pandemie, die enorme Ressourcen verbrauchte, und politische Verwerfungen auslöste (Friedensgutachten 2020).

Ökonomische Grenzen

Ein Erfolgsfaktor der westlichen Welt ist ihre wirtschaftliche Wachstumsdynamik, die für einen Teil der wachsenden Weltbevölkerung Wohlstand ermöglichte, zunehmend auch in Schwellenländern. Das kapitalistische Wirtschaftssystem suchte mit Produkten neue Märkte zu erobern. Durch wachstums- und machtfördernde Verstärker und Konzentrationsprozesse haben die Stärksten die besten Chancen. Die Akkumulation von Kapital fördert exponentielles Wachstum und die Konzentration von Macht, die auf politische Entscheidungen Einfluss nimmt. Mit der Globalisierung und Liberalisierung der Weltökonomie werden weltumspannende Ströme von Gütern, Kapital, Finanzen, Technologie und Kommunikation beschleunigt und durchdringen alle Lebensbereiche. Zugleich trägt Globalisierung zur ungleichen Verteilung von Reichtum und Macht bei, verstärkt das Spannungsgefälle zwischen Profiteuren und Opfern, Gewinnern und Verlierern, Arm und Reich, Nord und Süd sowie die nicht-nachhaltige Naturbelastung. Viele können in der wirtschaftlichen Konkurrenz nicht mithalten, sinkende Kosten und Löhne und der Ersatz von Arbeit durch Technik schließen große Teile der Weltbevölkerung aus und marginalisieren ganze Regionen. Kapitalmangel, Verschuldung und Konkurrenzdruck aus dem Norden blockieren die Entwicklung im Süden. Die Verlagerung von Produktion und Kapital in Billiglohnländer schwächt Arbeitsrechte und erhöht die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust. Das vernetzte Finanzsystem entzieht sich politischen Kontrollmechanismen. Investitionsströme und Geldflüsse in digitalen Welten sind entkoppelt von der materiellen Produktion und den Bedürfnissen der Bevölkerung. Mit der Finanz- und Bankenkrise begann 2008 eine Kette von Krisen, die Bruchlinien offenbarten. Dies kulminierte in der Corona-Pandemie, die die Globalisierung einem Stresstest aussetzte und Debatten über Deglobalisierung beförderte.

Auch wenn wirtschaftlicher und politischer Liberalismus oft in einem Atemzug genannt werden, können beide im Widerspruch stehen, z.B. wenn ökonomische Freiheiten politische Freiheiten

einschränken und das „Ungleichgewicht zwischen Starken und Schwachen“ fördern (Reinhard 2016, S. 1269). Wenn sich immer mehr Reichtum und Macht in den Händen weniger privater Akteure konzentriert, die über mehr Mittel verfügen als die meisten Staaten und nicht demokratisch kontrolliert werden, untergräbt dies Demokratie und internationale Stabilität. Das zeigt Donald Trump, der seinen Reichtum in politischen Einfluss umwandelte. Seine Politik gilt als illiberal, obwohl er ein Produkt der liberalen Ökonomie ist.

Soziale Grenzen

Mit der Globalisierung des entfesselten Kapitalismus seit den 1980er Jahren wurden soziale Schranken und politische Regeln fallen gelassen, die die schlimmsten Auswüchse hätten eindämmen können. Die Privatisierung gesellschaftlicher Bereiche bewirkte eine Umverteilung vom öffentlichen in den privaten Sektor (von Weizsäcker et al. 2005), zugunsten von Spitzenjobs und Investoren, die Rekordgewinne erzielten. Unter dem Vorwand der Effizienzsteigerung wurden Menschen zum unerwünschten Kostenfaktor. Während privilegierte Schichten mit hohem Einkommen weit größere Möglichkeiten haben, um ihren Einfluss auszubauen, sind die Entfaltungsperspektiven ärmerer Schichten erheblich eingeschränkt. Sie sind prekären Verhältnissen und sozialen Problemen ausgesetzt: Hunger, Armut und Diskriminierung, Ressourcenmangel und Umweltzerstörung, Krankheit und Seuchen, Repression und Gewalt. Entwurzelung, Vertreibung und Flucht. Dies gefährdet Freiheits- und Menschenrechte ebenso wie die soziale Stabilität und Strukturen, die Existenzen sichern und den Zusammenhalt festigen.

Krisen verschärfen Ungleichheit und gesellschaftliche Spaltungen, schaffen Opfer und Unzufriedene, die durch illiberale Strömungen, populistische Parteien und autokratische Regierungen mobilisierbar sind. Ängste vor Globalisierung lösen Gegenbewegungen aus, gegen den Kapitalismus ebenso wie gegen Zuwanderung. Die Überwindung sozialer Ungleichheit scheitert an den Machtverhältnissen, die durch demokratische Strukturen nicht kontrolliert werden: „An der gesellschaftlichen Basis wächst damit ein Potential der Verarmten und Verzweifelten, der Missachteten und Empörten heran, das einen Nährboden für jede Form der Radikalität bietet. Durch Vernetzung kann die Unzufriedenheit auf der lokalen Ebene in nationale, ja globale Netzwerke der Gewalt einbezogen werden“ (Scheffran 2003). So wird Unzufriedenheit ein Nährboden für Unfrieden.

Politische Grenzen

Vernetzte Konfliktlandschaften verbinden sich mit den Folgen der beschleunigten Globalisierung, die Staaten unter Druck setzen, Rivalitäten fördern, die Stabilität des internationalen Systems untergraben und Widerstände provozieren. Transnationale und innergesellschaftliche Konfliktstrukturen umfassen religiöse Unterschiede, rechtspopulistische Strömungen, radikale Bewegungen oder Stadt-Land-Differenzen. Spannungslinien verlaufen im Mittelmeerraum, in der Arktis und in der Ukraine, in den Rohstoffgebieten Afrikas und in den Drogenanbaugebieten Afghanistans und Mittelamerikas, in Regenwäldern und ökologisch degradierten Zonen, in den Slumgebieten der Megastädte.

Komplexe Krisendynamiken können sich aufschaukeln, Kettenreaktionen auslösen und Kippunkte überschreiten (Scheffran 2016). Eine Reaktion ist Nationalismus: „Manche sehen in der Nation eine Möglichkeit, sich vor dem Chaos der Welt zu schützen, selbst wenn dieses Chaos durch die Nationalstaaten hervorgerufen wird. Wenn die Bewohnbarkeit der Erde weiter belastet wird, könnte dies die Tendenz zum Nationalismus noch verstärken. Die Nationalstaaten werden so noch mehr zu Rivalen, die die Erde zum Kampfplatz machen“ (Scheffran/Schürmann 2020, S. 4). Die Lage erinnert an die Umbrüche vor hundert Jahren, mit Erstem Weltkrieg, Spanischer Grippe, Weltwirtschaftskrise und Faschismus, der zum Zweiten Weltkrieg führte. Hinzu kommen heute die Umwelt- und Klimakrise. So haben 2010/11 Naturkatastrophen in den Weizengürteln Chinas und Russlands zu steigenden Lebensmittelpreisen beigetragen, was im Arabischen Frühling Proteste verstärkte, verbunden mit Konflikten und Fluchtbewegungen.

Während nach 2011 die Zahl der Terroranschläge und ihrer Opfer deutlich anstieg (vorwiegend durch den islamistischen Terrorismus), nahmen jüngst diese Zahlen ab (Friedensgutachten 2020). Parallel zum Nationalismus hat in westlichen Demokratien Rechtsextremismus zugenommen, der über soziale Medien mit Verschwörungstheorien und Wissenschaftsfeindlichkeit agiert. Dutzende Menschen starben durch rechtsterroristische Angriffe. Sank nach 1990 zunächst die Zahl bewaffneter Konflikte, stiegen sie in den letzten Jahren wieder deutlich an. In Libyen, Syrien und Jemen griffen globale oder regionale Mächte ein wie USA, Russland, Iran oder Saudi-Arabien, ohne die Konflikte zu bewältigen. Großmachtrivalitäten bestimmen das Weltgeschehen und schwächen internationale Normen und Institutionen. Im Spannungsverhältnis USA-Russland-China steht Europa, das über die NATO in den Aufrüstungskurs hineingezogen wird. Weltweit steigen die Rüstungsausgaben, die für die Lösung anderer Probleme fehlen.

Wissenschaftlich-technische Grenzen

Der Vorsprung des Westens ist maßgeblich auf wissenschaftlich-technische Innovationen zurückzuführen. Sie erleichtern die Mühsal der menschlichen Existenz und bieten Lösungen für ein nachhaltiges Verhältnis von Natur und Gesellschaft, damit mehr Menschen auf der Erde (über-)leben, ermöglichen aber auch wirksamere Gewaltmittel, Ressourcenausbeutung und Wirtschaftswachstum. Technik ersetzt menschliche Arbeitskraft und verändert soziale Strukturen. Im post-faktischen Zeitalter von *fake news* und *hate speech* gerät Wissenschaft unter Druck.

Getrieben vom Streben nach militärischer Überlegenheit treiben nicht nur westliche Staaten die technologische Rüstung voran, deren Kontrolle mit zunehmender Ausbreitung schwieriger wird. Fortgeschrittene Waffensysteme erlauben Macht- und Gewaltausübung über den Planeten und im Weltraum. Die Hochtechnologie wird militärischen Verwertungsinteressen unterworfen, unter Ausnutzung ambivalenter Wissenschaft und zivil-militärisch nutzbarer Technologien (Scheffran 2015). Dies betrifft die globale Vernetzung moderner Transport-, Informations- und Kommunikationssysteme ebenso wie die Verschmelzung von Mikro-, Nano- und Biotechnologien, die Macht- und Gewaltprojektionen in kleinsten Räumen ermöglicht. „Sie verknüpfen die Globalisierung der Gewalt mit der Miniaturisierung von Gewalt, was in den Informationskriegen auf unseren Computern ebenso zum Ausdruck

kommt wie im Krieg der Mikroben oder Mini-Kampfroboter. Durch sie findet der Krieg weiter Einzug in unseren Nahbereich, unsere Wohnung, ja in den menschlichen Körper, der über technische Systeme mit globalen Strukturen vernetzt ist“ (Scheffran 2003). Vernetzt sind die Gefechtsfelder von Luft, Wasser, Boden, Weltraum und Cyberspace durch Robotisierung, Automatisierung und Kommunikationssysteme.

7. *Von der Krise zum Wettrüsten*

Mit der Überdehnung des westlichen Einflussbereichs zeigen sich Grenzen und Kosten, die als Krisen auf die Zentren zurückwirken. Bruchstellen der Globalisierung und Turbulenzen im System stellen die liberale Weltordnung in Frage (Brzoska et al. 2019). Dies untergräbt ihre Attraktivität, unterminiert multilaterale Institutionen, verstärkt Widerstände und komplexe Konfliktursachen, die sich zu Gewaltspiralen aufschaukeln können wie in Irak, Afghanistan und Syrien. Zum Ende des Kalten Krieges galten die USA noch als unumschränkte Supermacht, die NATO als dominierendes Militärbündnis, der Westen und hier nicht zuletzt Europa als Erfolgsmodell. Drei Jahrzehnte später sind sie alle in der Krise.

Für die USA ging es um die langfristige Absicherung ihrer Hegemonie, um die Schaffung eines von ihnen dominierten Weltmarkts und um die Privatisierung aller gewinnträchtigen Bereiche. (Scheffran 2003). Wurde durch militärische Interventionen, Neoliberalismus und Dominanzstreben politisches Kapital verspielt, blieb mit Trump nicht viel übrig von der Führungsrolle der „freien Welt“. Dabei war die Wahl Trumps kein Ausrutscher, sondern eine logische Konsequenz systemischer Probleme, die zur Unterstützung seiner Politik durch die Hälfte der Wählerinnen und Wähler führten. Viele glauben dem Mythos, zur „auserwählten Nation“ zu gehören. Andererseits wurde Trumps Wild-West-Politik als Chaos beklagt, das die westliche Allianz spalte und die liberale Weltordnung aufs Spiel setze.

Während die NATO die Friedensdividende nicht realisierte, begegnete sie der Krise durch Rüstung und Drohgebärden, die wenig zur Stabilisierung von Konfliktregionen beitrugen. Der Versuch einiger Akteure in der EU und der Ukraine, diese in den westlichen Einflussbereich einzubeziehen, provozierte russische Gegenmaßnahmen und einen bewaffneten Konflikt. Beim Brexit und in der Flüchtlingspolitik gab es Widersprüche in der EU. Gegen den Kontrollverlust ansteuernd wird versucht, eine Stabilisierung zu erreichen, indem die Folgen der Krisen von den Zentren an die Peripherie verlagert werden. In der Wirtschaftskrise 2008 gaben Staaten enorme Summen zur Rettung von Finanzinstitutionen aus, die die Krise verursacht hatten, während die Folgen teilweise externalisiert wurden. Flüchtlinge sollen von Europa ferngehalten werden, während oder bevor sie das Mittelmeer überqueren, z.B. durch Vereinbarungen mit der Türkei oder Libyen. Die USA sehen Mexiko als Puffer, um die Zuwanderung aus Mittelamerika zu begrenzen. Wie Militärinterventionen, die Coronakrise und auch die Klimakrise zeigen, verbraucht Krisenbewältigung enorme Mittel, die der Krisenprävention fehlen. Zur Abwehr der Probleme durch Abschottung, Ausgrenzung, Repression und Intervention wird mehr Aufwand getrieben als zu ihrer Vermeidung. Dabei wurden auch eigene Werte verletzt wie bei den Einschränkungen von Rechten im „Krieg gegen den Terror“ (Folter in Abu Ghraib, Internierungslager in Guantánamo, Patriot Act, elektronische Überwachung). Neben der autoritären trug auch die liberale Politikvariante zur Krise bei. Während Emmanuel Macron in

Frankreich gegen Widerstände von „Gelbwesten“-Protesten versuchte, den Neoliberalismus auszuweiten, dürfte „Germany First“ (mit Niedriglöhnen, Hartz IV und „Schwarzer Null“) für Europa keine Alternative sein zu „America First“ (Scheffran 2017). Einseitige Vorteile lösen gemeinsame Probleme nicht.

Neoliberale und autoritäre Politikvarianten sind sich einig in der Reaktion auf die Krise durch Aufrüstung. Weltweit stiegen die Rüstungsausgaben 2020 auf einen Höchststand von fast zwei Billionen US-Dollar (SIPRI 2021). Die USA alleine gaben 778 Mrd. USD aus, real mehr als im Kalten Krieg, etwa dreimal so viel wie China (252 USD) und mehr als zehnmals so viel wie Indien (72,9 USD). Weil die russischen Militärausgaben deutlich zurückgingen auf 61,7 Mrd. USD, werden sie heute von der NATO um mehr als das 16fache übertroffen. Die deutschen Militärausgaben stiegen am stärksten (auf 52,8 Mrd. USD) und dürften Russland bald überholen in dem Versuch, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des BIP zu steigern. Wie bei den wachsenden Rüstungsexporten wird so eine direkte Kopplung von Wirtschaftswachstum und Zuwachs der Gewaltmittel erreicht. Abgesehen davon, dass die NATO-Staaten in den letzten drei Jahrzehnten mit ihrer Überlegenheit wenig Sinnvolles anfangen konnten und die Bedrohung für sich und andere steigerten, stellt sich doch die Frage: Wer bedroht hier wen?

Das nukleare Wettrüsten ist nach der Aufkündigung oder Nicht-Ratifizierung von Rüstungskontrollabkommen durch die USA (ABM, INF, Open Skies, CTBT) immer weniger reguliert. Nachdem Russland, China und andere Staaten jahrzehntelang versuchten, ein Abkommen zur Rüstungskontrolle im Weltraum durchzusetzen und am Widerstand der USA scheiterten, schreitet die Militarisierung und Bewaffnung des Weltraums voran. Die USA, Russland, China und Frankreich haben „Weltraumstreitkräfte“, Deutschland ein „Weltraumkommando“ und weitere Staaten wie Indien, können Raketen und Satelliten im All zerstören. Da die USA am stärksten vom Weltraum abhängen, dürfte die von ihnen ausgelöste Rüstungsspirale ihrerseits immer neue Anstrengungen zur „Bedrohungsabwehr“ provozieren. Die Militarisierung erstreckt sich auch auf den Cyberraum und hybride Kriege, in denen eine zivil-militärische Abgrenzung schwierig ist.

China weitet seinen weltpolitischen Einfluss aus. Mit der „Neuen Seidenstraße“ entsteht ein Netz von Infrastrukturen von Ostasien bis Europa und Afrika. Bei Schlüsseltechnologien wird China zum Herausforderer, bereitet sich militärisch auf Auseinandersetzungen und die Durchsetzung eigener Ansprüche vor, besonders im Südchinesischen Meer. Die USA kämpfen unter US-Präsident Joe Biden um ihre Führungsrolle und schmieden Bündnisse im Indo-Pazifik gegen China, wie die QUAD-Allianz mit Indien, Australien und Japan (Rudd 2021) oder den AUKUS-Deal zur Lieferung nukleargetriebener U-Boote an Australien (Wagner 2021). Verwerfungen mit Frankreich und die Marginalisierung europäischer Verbündeter werden in Kauf genommen. Australien provoziert Konflikte mit Nachbarn wie Neuseeland und könnte Ziel eines Nuklearkrieges werden. Am Ende wäre der Indo-Pazifikraum hochgerüstet wie der Transatlantikraum im Kalten Krieg; manche sprechen vom kommenden Krieg mit China (MacGregor 2021), von einem neuen Kalten Krieg (Brands/Gaddis 2021) und hoffen auf einen Zusammenbruch Chinas wie bei der Sowjetunion.

Lag Trump wenig an der Erhaltung der westlichen Weltordnung, versucht Biden den Kampf aufzunehmen („America is back“), indem er durch innenpolitische Reformen dem Rechtspopulismus den Boden entziehen und sich außenpolitisch gegenüber China und Russland behaupten will, ohne die Kooperation mit den Rivalen zur Bewältigung gemeinsamer Probleme zu untergraben. Ging es im Kalten Krieg gegen die sozialistische Weltordnung unter Führung der Sowjetunion, verbindet China wirtschaftlichen Kapitalismus und staatlichen Sozialismus. Ob Biden den Abwärtstrend der USA umkehren kann, ist nicht absehbar. Die Entspannung im transatlantischen Verhältnis wird durch Alleingänge der USA in Frage gestellt. NATO-Kriegsschiffe in den Indo-Pazifik zu schicken, belastet das Verhältnis mit China, ohne sichtbare sicherheitspolitische Gewinne. Statt weiter primär auf die militärische Karte zu setzen, steht mit dem Scheitern des militärischen Interventionismus die Ordnung nach dem Kalten Krieg auf dem Prüfstand. Eine geeignete Therapie erfordert eine Diagnose der Ursachen und die Überwindung des Tabudenkens über die eigene Rolle.

8. Die Zukunft des Westens

Die Welt von 1990 ist einer unübersichtlichen Lage gewichen, bestimmt durch eine multipolare Machtkonstellation, die die liberale Weltordnung erschüttert. Drei wesentliche Trends bestimmen die weitere Entwicklung (Scheffran 2020a): die Transformation des fossilen Kapitalismus, Machtverschiebungen im Nord-Süd-Verhältnis und der Einfluss von Zivilgesellschaft und sozialen Netzwerken, verstärkt durch technologische Entwicklung.

Transformation des fossilen Kapitalismus

Wurde die industrielle Revolution maßgeblich durch fossile Energieträger befeuert, so geht es heute um die Überwindung der Grenzen des fossilen Kapitalismus. Während billiges Öl und Erdgas weitgehend aufgebraucht sind, werden sekundäre Quellen (Offshore, Fracking, Ölsande) mit höheren Kosten und Risiken erschlossen. Da die Atmosphäre als Kohlenstoff-Deponie nicht mehr zur Verfügung steht, nehmen Widerstände gegen den Klimawandel ebenso zu wie alternative Energieträger, die den fossilen Kapitalismus unter Druck setzen. Die (westliche) Welt hat diese Herausforderungen im Pariser Klimaabkommen angenommen. Fraglich ist, ob die sozial-ökologische Transformation die auf fossile Ressourcenausbeutung und Naturbelastung gegründete Wirtschafts- und Lebensweise innerhalb des bestehenden Kapitalismus überwinden kann oder einen Systemwandel erfordert.

Machtverschiebungen im Nord-Süd Verhältnis

Auch wenn die neokolonialen Strukturen nachwirken, versuchen Teile des Globalen Südens, ihre Ansprüche geltend zu machen. Dies wurde deutlich beim Atomwaffenverbotsvertrag, der getragen wird von einer Mehrheits-Koalition vor allem aus Staaten des Südens. Damit zeigten die Vereinten Nationen ihre Handlungsfähigkeit in der Schaffung von Völkerrecht, auch gegen den dominierenden Machtblock. Durch die demografische Entwicklung machen die westlichen Industriestaaten einen sinkenden Teil der Weltbevölkerung aus. Schwellenländer wie auch die bevölkerungsreichen Länder China und Indien avancieren von billigen Produktionsstandorten und Absatzmärkten zu Konkurrenten für den westlichen Kapitalismus und agieren als

strategische Akteure im Nord-Süd-Verhältnis. Mit wachsender Zusammenarbeit und Einflussnahme der Staaten des Globalen Südens wird ihre weitere Ausbeutung schwieriger. Nimmt der privilegierte Status der westlichen Welt ab, beeinflusst dies auch die Unzufriedenheit ihrer Bevölkerung.

Einfluss der Zivilgesellschaft

Verbunden über soziale Netzwerke meldet sich die Zivilgesellschaft weltweit zu Wort, beansprucht Partizipation, beeinflusst öffentliche Debatten und politische Entscheidungen. Der Unmut bricht sich Bahn, gegen versagende Regime, Armut und Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Krieg, Diskriminierung und Ausbeutung, für und wider Nationalismus. Das Jahr 2019 war weltweit durch Massenproteste geprägt und beendete ein Jahrzehnt zahlreicher Protestbewegungen, von den Anti-Regime-Protesten in der arabischen Welt 2011 bis zu transnationalen Protesten wie der *Occupy*-Bewegung oder *Fridays for Future*. 2019 gab es in 45 Ländern 65 Fälle einer Massenmobilisierung mit mindestens 50.000 Menschen, davon 48 Proteste in Demokratien (Friedensgutachten 2020). Proteste setzten sich 2020 fort und kulminierten in der Massenbewegung *Black Lives Matter* gegen Rassismus und Diskriminierung in den USA. Zur Zivilgesellschaft gehören auch Whistleblower wie Edward Snowden oder Julian Assange, die sich trotz hoher persönlicher Risiken mit dem mächtigsten Land anlegten, das hier wenig Rücksicht auf Menschen- und Freiheitsrechte nimmt. Nicht zu übersehen sind Gegenbewegungen, vom Rechtspopulismus und Anti-Corona-Protesten, die ebenfalls durch soziale Netzwerke verstärkt werden, bis zu staatlichen Reaktionen, die den Raum der Zivilgesellschaft einschränken. Die Auseinandersetzungen durchziehen westliche und nicht-westliche Gesellschaften, verbinden innere und äußere Konflikte, die sich aufschaukeln können.

9. Zeitenwende: Im Westen was Neues?

Die genannten Trends haben das Potential zur Zeitenwende, wie nach der Französischen Revolution zu Beginn des 19. Jahrhunderts oder mit dem Ersten Weltkrieg zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Wir erleben eine Welt im Umbruch, in der sich entscheidet, ob das alte System des fossilen Kapitalismus die Welt in eine Katastrophe stürzt oder ob sich intelligentere Alternativen durchsetzen. Dies hängt auch von sprunghaften Kipppunkten ab: Wirtschafts-Crash, Klimakollaps, Atomkrieg oder verheerende Pandemien (Scheffran 2020a). Das globale System kann durch Verstärkereffekte auch in eine positive Richtung kippen und Transformationsprozesse anstoßen, Widerstandskräfte gegen Krisen stärken und eine nachhaltige Transformation ermöglichen. So sind das Atomwaffenverbot sowie das Pariser Klimaabkommen wichtige Bausteine einer Welt ohne Atomwaffen bzw. CO₂-Emissionen, die durch Kooperation, Institutionen und Recht geprägt ist. Beiden liegt eine Allianz von Staaten und Zivilgesellschaft zugrunde, mit einem aktiven Beitrag des Globalen Südens.

Die Abkehr vom fossilen Kapitalismus könnten China und der Westen schaffen, für Russland ist es schwieriger aufgrund der Abhängigkeit von Öl und Gas. Die transnationale Zusammenarbeit für eine klimaneutrale Weltwirtschaft und Gesellschaft mit erneuerbaren Energien verbindet globale Ziele mit lokalem Handeln von Unternehmen, Gemeinden und NGOs. Hier spielen regionale Dimensionen eine Rolle, etwa das Verhältnis von Energie und

Klimawandel in der Arktis und im Mittelmeerraum. War China als G-77-Mitglied bislang im Globalen Süden verankert, hängt sein zukünftiger Einfluss auch davon ab, ob das Verhältnis zu seinen Nachbarn konfliktiv oder kooperativ ist. Sinkt der relative Anteil des Westens an der Weltbevölkerung, könnte dies Nord-Süd-Konflikte verschärfen, etwa im Handel, bei der Migrationsfrage und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Eine zivile Gesellschaft, die die westlichen Werte ernst nimmt, steht im Widerspruch zu autoritären Tendenzen im Westen wie auch in Russland und China.

Verschiedene Zukunftstrends und Szenarien für den Westen wurden laut SPIEGEL in einer nicht veröffentlichten Studie des Planungsamts der Bundeswehr durchgespielt (von Hammerstein 2017). Demnach sinkt die ökonomische und finanzielle Leistungsfähigkeit westlicher Staaten, mit Folgen für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Nichtstaatliche Akteure und nicht-westliche Staaten gewinnen an Bedeutung. Während die Bevölkerung in Asien und Afrika weiter stark wächst, stagniert sie im alten Westen. Soziale Ungleichheit verstärkt Migration, die nationale Identifikation in Europa wird abgeschwächt gegenüber der Identifikation mit sozialen, ethnischen, regionalen oder religiösen Gruppen. Konkurrenzen um Land und Konflikte durch extreme Wetter- und Klimaereignisse verschärfen sich, es drohen Pandemien. Die zunehmende Vernetzung macht hoch technisierte Gesellschaften verwundbar durch Cyberangriffe, Drohnen und Manipulation. Im Militär werden Menschen durch Maschinen ersetzt.

Diese Trends wurden in sechs Szenarien der Studie des Planungsamts der Bundeswehr verdichtet. Die ersten beiden („Globaler Westen“ und „Friedliche Großräume“) beschreiben eine friedlichere Welt. Im fünften Szenario ist 50 Jahre nach dem Kalten Krieg die Bipolarität wiederhergestellt, in der zwei antagonistische Blöcke (Westen versus China und Russland) zwar Handel miteinander treiben und um Ressourcen konkurrieren, sich aber „politisch, weltanschaulich und kulturell immer weiter voneinander“ entfernen. Das *Worst-Case*-Szenario beschreibt den wirtschaftlichen Niedergang im Westen, eine zerfallende EU und eine angeschlagene USA, die sich vergebens gegen die Erosion der Weltordnung stemmen, mit eskalierenden Krisen und auseinanderdriftenden Wertesystemen.

In welche dieser Richtungen sich der Westen entwickelt, wird in verschiedenen Strategiepapieren zur Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik Europas vorausgedacht. Analysen gründen meist auf Einschätzungen wie: „Internationale Machtverschiebungen, Positionsverluste des Westens, wachsender Autoritarismus, Schwächung multilateraler Institutionen und drängende globale Probleme wie der Klimawandel – all diese Herausforderungen erfordern eine Neuaufstellung deutscher Außenpolitik. Dabei gilt es die Grenzen der eigenen Leistungsfähigkeit, aber auch die gegebenen Handlungsspielräume richtig einzuschätzen“ (Maihold et al. 2021). Ein Sonderbericht der Münchner Sicherheitskonferenz konstatiert eine weltpolitische Zeitenwende, in der sich außenpolitische Gewissheiten auflösen und der beschleunigten Erosion der regelbasierten Ordnung zu begegnen ist: „Die erste Aufgabe besteht in der Stärkung der EU und der Verbesserung ihrer Handlungsfähigkeit. Dafür muss Deutschland von einer Status-quo-Macht zu einer ‚enabling power‘, einer ‚Möglich-Macher-Macht‘ werden. [...] Außen- und Sicherheitspolitik in Zeiten großer Turbulenz muss durch ausreichende Ressourcen unterlegt sein. Das gilt für Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit und Verteidigung gleichermaßen“ (Bunde et al. 2020b).

In diesem Rahmen legt ein Strategiepapier der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik machtpolitisch orientierte Handlungsempfehlungen vor für eine „offensivere, risikobereitere Außenpolitik“ der nächsten Bundesregierung, die dafür „gesellschaftliche Akzeptanz“ schaffen solle (DGAP 2021). Es gehe darum, „ein weiteres strategisches Déclassement zu verhindern“, „auch unter großer Unsicherheit Entscheidungen zu fällen“. Erforderlich seien „mutige politische Innovationen“, „smarte Souveränität“ und von einer „reaktiven ad-hoc-Politik“ und zu einer „proaktiven Politik“ zu kommen (DGAP 2021). Ausgehend von der Krise des Westens verbinden solche Studien eine größere Eigenständigkeit Europas gegenüber den zum Indo-Pazifik orientierten USA oftmals mit einer stärkeren militärischen Ausrichtung. Hierzu gehören neben Cyber War und hybrider Kriegführung auch große Rüstungsprojekte (Mehrzweckkampfschiff, Taktisches Luftverteidigungssystem, Future Combat Air System, Flugzeugträger), die sich zu Milliardengräbern entwickeln könnten, ohne erkennbare Sinnhaftigkeit für die Sicherheits- und Friedenspolitik.

Demgegenüber betonte der Bundespräsident in seiner Rede vor der 76. UNO-Generalversammlung (Steinmeier 2021): „Zukünftige Generationen werden uns nicht an militärischer Stärke heute messen, sondern daran, ob wir in der Lage waren, Probleme und Konflikte zu lösen. Militärische Stärke ohne den Willen zur Verständigung, ohne Mut zur Diplomatie macht die Welt nicht friedlicher.“ Die Münchner Sicherheitskonferenz 2021 beschreibt ein durch Wettbewerb und Kooperation geprägtes internationales Umfeld für die westlichen Staaten: „Um globale Risiken zu lindern, müssen sie mit Autokratien kooperieren; und dort, wo demokratische Prinzipien sonst in Bedrängnis geraten, dürfen sie den Wettstreit mit der illiberalen Konkurrenz nicht länger scheuen“ (Bunde et al. 2020a).

Wie das Wechselspiel von Konkurrenz und Kooperation gestaltet wird, zeigt sich am Verhältnis USA-China. So ist die Zusammenarbeit für die Bewältigung gemeinsamer globaler Herausforderungen wie Pandemie und Klimawandel in der multipolaren Welt dringlich. Wenn aber die USA China als Bedrohung ihrer Hegemonie ausschalten wollen, droht eine Eskalationsspirale bis zu Wettrüsten und Krieg. Ob die konfrontative Variante vermieden werden kann, hängt davon ab, ob der Westen zu einer selbstkritischen Betrachtung bereit ist, um zu verstehen, warum er sich heute so vielen Krisen und Bedrohungen gegenüber sieht, warum er immer wieder davon überrascht wird und welchen Anteil die eigene Politik daran hat. Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen bedeutet auch, die eigene Verantwortlichkeit für die Vergangenheit und die Verantwortbarkeit von Interventionen zu erkennen.

Damit verbunden ist die Frage, ob das wertorientierte normative Projekt des Westens als Beitrag zu einem nachhaltigen Weltfrieden weiterentwickelt werden kann, wenn nicht durch die jeweils herrschenden Kreise, dann doch vielleicht durch die Zivilgesellschaft und Teile der Staatenwelt. Statt die Erde als Kampfplatz zu behandeln und die Selbstzerstörung der Menschheit zu riskieren, wäre es im Unterschied zu Fukuyama, der keine „viablen Systemalternativen“ zur liberalen Weltordnung sah, konstruktiver, Bausteine für eine lebensfähige Welt (*viable world*) zu entwickeln: erneuerbare Energien für alle, ökologischer Fußabdruck innerhalb ökologischer Grenzen, sauberer Wohlstand für alle und Kohabitation der Nationalstaaten im Rahmen einer Weltinnenpolitik (Scheffran/Schürmann 2020). Für die EU

wäre es besser, der Friedens- als der Sicherheitslogik zu folgen (Frey et al. 2014). Eine solche Welt müsste wie bei den Fortschritten der Vergangenheit erst noch erkämpft werden. Dies würde den Erfordernissen einer zukünftigen Realität deutlich mehr entsprechen als das zum Scheitern verurteilte Triumvirat aus Wachstum, Macht und Gewalt.

Literaturverzeichnis

Baraki, Matin (2021): Bilanz eines Desasters: Zum Rückzug der internationalen Truppen aus Afghanistan. In: *Wissenschaft & Frieden (W&F)* 3–2021, S. 51–53.

Brands, Hal/Gaddis, John Lewis (2021): The New Cold War: America, China, and the Echoes of History. *Foreign Affairs* 100(6), S. 10–21.

Brock, Lothar (2020): Mythos „Die kooperative Weltordnung verfällt.“ In: *Die Friedenswarte* 92 (3–4), S. 117–124.

Brzoska, Michael et al. (2019): Das liberale Paradigma auf dem Prüfstand: Friedensforschung und Sicherheitspolitik an den Bruchstellen der Globalisierung. *Sicherheit und Frieden* 37(2), S. 53–61.

Bunde, Tobias et al. (2020a): Munich Security Report 2020: Westlessness. Munich Security Conference (February).

Bunde, Tobias et al. (2020b): Zeitenwende / Wendezeiten. Sonderbericht Münchner Sicherheitskonferenz.

Bunde, Tobias et al. (2021): Munich Security Report 2021: Between States of Matter – Competition and Cooperation. Munich Security Conference (June).

Creutzburg, Dietrich et al. (2021): Merkel, Kanzlerin der Krisen. FAZ 23.9.2021; <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/angela-merkel-bilanz-der-kanzlerin-der-krisen-17550099.html> (abgerufen am 01.11.21).

DGAP (2021): Handlungsempfehlungen an die nächste Bundesregierung. Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Erlor, Gernot (2018): Weltordnung ohne den Westen? Europa zwischen Russland, China und Amerika. Freiburg: Herder.

Fischer, Joschka (2018): Der Abstieg des Westens. Europa in der neuen Weltordnung des 21. Jahrhunderts. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Frey, Ulrich et al. (2014): Friedenslogik statt Sicherheitslogik: Theoretische Grundlagen und friedenspolitische Realisierung. Dossier 75, In: *Wissenschaft und Frieden* 2014–2.

Friedensgutachten (2020) Im Schatten der Pandemie – letzte Chance für Europa. BICC, HSFK, IFSH, INEF, Bielefeld: transcript.

Fukuyama, Francis (1989): The end of history? In: The National Interest (Summer), S. 1–18.

Fukuyama, Francis (1992): The End of History and the Last Man, New York: Free Press.

Gujer, Eric (2021): Die wichtigste Lehre aus dem Debakel in Afghanistan: Der Westen kann die Welt nicht retten. In: Neue Zürcher Zeitung, 20.08.2021; <https://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/afghanistan-biden-nato-der-westen-kann-die-welt-nicht-retten-ld.1641143> (abgerufen am 01.11.21).

Huntington, Samuel P. (1996): The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order. New York, Simon & Schuster.

von Hammerstein, Konstantin (2017): Geheime Bundeswehrstudie: Was, wenn der Westen zerfällt? In: DER SPIEGEL, 07.11.2017; <https://www.spiegel.de/spiegel/bundeswehr-studie-haelt-zerfall-der-europaeischen-union-fuer-denkbar-a-1176494.html> (abgerufen am 01.11.21).

Klein, Naomi (2007) The Shock Doctrine: The Rise of Disaster Capitalism. New York, Metropolitan Books/Henry Holt.

Krauthammer, Charles (1990/91): The Unipolar Moment. In: Foreign Affairs 70 (1), S. 23–33.

Lahoud, Nelly (2021): Bin Laden’s Catastrophic Success: Al Qaeda Changed the World—but Not in the Way It Expected. Foreign Affairs 100(5), S. 10–26.

Macgregor, Douglas (2021): America’s Coming War with China. In: The American Conservative, (June 8); <https://www.theamericanconservative.com/articles/americas-coming-war-with-china> (abgerufen am 29.10.2021).

Maihold, Günter et al. (Hrsg.) (2021): Deutsche Außenpolitik im Wandel: Unstete Bedingungen, neue Impulse. Studie 2021/S 15 (30.09.), Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Menzel, Ulrich (2015): Die Ordnung der Welt. Berlin: Suhrkamp.

Münkler, Herfried (2021): Eine Weltordnung ohne Hüter: Afghanistan als globale Zäsur. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/21, S. 63–76.

Neuneck, Götz / Scheffran, Jürgen (2000a): Abrüstung am Ende? Zur Kontroverse um die neuen Raketenabwehrpläne der USA. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2000, S. 715–727.

Neuneck, Götz / Scheffran, Jürgen (2000b): Die Grenzen technischer Kriegführung. In: Spektrum der Wissenschaft 1, S. 90–98.

Reinhard, Wolfgang (2016): Die Unterwerfung der Welt: Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415–2015. München: Beck.

Rudd, Kevin (2021): Why the Quad Alarms China: Its Success Poses a Major Threat to Beijing's Ambitions. In: Foreign Affairs (August 6), <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2021-08-06/why-quad-alarms-china> (abgerufen am 29.10.2021).

Rupnik, Jacques (2015): Das andere Europa. Die Flüchtlingskrise und der neue Identitätsdiskurs. In: Lettre international (Winter), S. 26–28 (28).

Russia (2000): 2000 Russian National Security Concept, 14 January 2000; <https://www.bits.de/EURA/natsecconc.pdf> (abgerufen am 29.10.2021).

Scheffran, Jürgen (1996): Leben bewahren gegen Wachstum, Macht, Gewalt – Zur Verknüpfung von Frieden und nachhaltiger Entwicklung. In: W&F 3/1996, S. 5–9.

Scheffran, Jürgen (1999): Von Racak bis Rambouillet – Diplomatie als Nullsummenspiel. In: Sicherheit & Frieden, 3/99, S. 145–152.

Scheffran, Jürgen (2000): Zurück zum Kalten Krieg? Russland und der US-Hegemonieanspruch. In: W&F 2–2000; <https://wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0038> (abgerufen 29.10.2021).

Scheffran, Jürgen (2003): Globalisierte Gewalt. In: W&F 3–2003, S. 2.

Scheffran, Jürgen (2015): Vom vernetzten Krieg zum vernetzten Frieden. In: FIF-Kommunikation, 3/2015, S. 34–38.

Scheffran, Jürgen (2016): Kettenreaktion außer Kontrolle: Vernetzte Technik und das Klima der Komplexität. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2016, S. 101–110.

Scheffran, Jürgen (2017): Zwei Welten: G20-Gipfel, Atomwaffenverbot und globale Machtverschiebungen. VDW-Blog; <https://vdw-ev.de/prof-dr-juergen-scheffran-zwei-welten-g20-gipfel-atomwaffenverbot-und-globale-machtverschiebungen> (abgerufen am 29.10.2021).

Scheffran, Jürgen (2018): Die Grenzen des Westens. W&F 2–2018: S. 2.

Scheffran, Jürgen (2020a): Welt im Aufruhr – Krankheitssymptome der Globalisierung. In: W&F 3/2020, S. 6–10.

Scheffran, Jürgen (2020b): Das Anthropozän und seine Grenzen: Überlegungen zu Klimawandel, Nachhaltigkeit und Coronakrise. In: Adloff, Frank / Neckel, Sighard (Hsg.) Gesellschaftstheorie im Anthropozän. Frankfurt: Campus, S. 257–279.

Scheffran, Jürgen (2020c): Mythos „Die Klimakrise erfordert verstärkt sicherheitspolitische Maßnahmen.“ In: Die Friedenswarte 92 (3–4), S. 182–189.

Scheffran, Jürgen / Schürmann, Eberhard (2020): Viable World – Zusammenleben im Gemeinsamen Haus der Erde. Blickpunkt Zukunft 69: S. 2–8.

SIPRI (2021): Trends in World Military Expenditure 2020. Stockholm: Swedish International Peace Research Institute; <https://www.sipri.org/publications/2021/sipri-fact-sheets/trends-world-military-expenditure-2020> (abgerufen am 29.10.2021).

Steinmeier, Frank-Walter (2016): Die Welt aus den Fugen – was hält uns zusammen? Rede des Außenministers beim Bertelsmann Forum. 15.02.2016; <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/160215-bm-bertelsmann-forum/278660> (abgerufen am 29.10.2021).

Steinmeier, Frank-Walter (2021): Rede des Bundespräsidenten in der 76. Generalversammlung der Vereinten Nationen. 24.9.2021; <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2021/09/210924-NY-Generaldebatte.html> (abgerufen 29.10.2021).

Wagner, Jürgen (2021): Die Geopolitik des AUKUS-Paktes. IMI-Analyse 2021/42, Tübingen: Informationsstelle Militarisation; <https://www.imi-online.de/2021/09/24/die-geopolitik-des-aukus-paktes> (abgerufen 29.10.2021).

Von Weizsäcker, Ernst Ulrich / Young, Oran R. / Finger, Matthias (2005) Limits to Privatization. London: Earthscan.

Winkler, Heinrich A. (2009): Geschichte des Westens: Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert. Band 1, München: Beck.

Winkler, Heinrich A. (2017): Zerbricht der Westen? Über die gegenwärtige Krise in Europa und Amerika. München: Beck.

Wulf, Herbert (2021): Afghanistan: Can We Learn From the Mistakes and Chaos? Toda Peace Institute, 22.8.2021, <https://toda.org/global-outlook/afghanistan-can-we-learn-from-the-mistakes-and-chaos.html> (abgerufen am 29.10.2021).

Zimmerer, Jürgen (2020): Viren standen am Anfang der Globalisierung. In: Der Tagesspiegel, 31.3.2020; <https://www.tagesspiegel.de/politik/selbsttauschung-westlicher-gesellschaften-viren-standen-am-anfang-der-globalisierung-bisher-trafen-sie-meist-die-anderen/25696952.html> (abgerufen 01.11.21).